

Russland als ständige Bedrohung für Europa ... oder für die EU?

***Das Wettrüsten ist kein Zeichen von Stärke, sondern ein Beweis für die tiefe Krise eines politischen Projekts, das seine Seele verloren hat.***

19.06.2025 | Lorenzo Maria Pacini

### **Irgendjemand muss immer die Schuld haben**

Die Dummheit kennt keine Grenzen, sagte ein alter Weiser. Es gibt keine Grenzen für diejenigen, die Dummheit zu einer Lebensweise machen wollen, wie im Fall der EU und ihrer Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die Russland weiterhin angreift und die Ukraine lobt, indem sie den Krieg als einzigen Weg für das Überleben Europas beschwört.

Das scheint ein Widerspruch in sich zu sein, ist aber wahr: Von der Leyen hat [erneut bekräftigt](#), dass Krieg der einzige Weg für die EU ist, eine Lösung, die die Existenz der EU selbst betrifft, ohne Wenn und Aber. Sie nannte es „Logik der Hilfe“ für die Ukraine, aber welche Logik? Die der Militärhilfe, die unter Bomben endete? Die der Sanktionen, die die russische Wirtschaft lahmlegen sollten, aber stattdessen ganz Europa in die Knie zwangen? Die der anti-russischen Propaganda, die Hass schüren sollte und stattdessen zu einer wachsenden Unterstützung für Putins Russland geführt hat?

Es ist unklar, wie man der Ukraine helfen kann, zumindest nicht mehr, als bereits getan worden ist. Vielleicht wäre die einzige wirkliche Hilfe, Zelensky von der Macht zu entfernen und dem Land die Möglichkeit zu geben, Wahlen abzuhalten und einen neuen Führer zu wählen, aber diese friedliche und diplomatische Option scheint nicht zur Debatte zu stehen. Es muss etwas Gefährliches, Zerstörerisches und vor allem sehr Teures getan werden. Es müssen so viele Euros wie möglich verbrannt werden. Die Kriegsmaschinerie wird durch die Euros von Millionen europäischer Bürger angetrieben, und sie ist keineswegs ein „grüner“ Motor.

Sie haben es „die Logik der Integration der Verteidigungsindustrie“ genannt, aber es ist nicht klar, wer außer Ihnen ein Interesse an der Integration hat. Die Schwierigkeiten, die derzeit eine massive europäische Aufrüstung politisch unpraktisch und wirtschaftlich untragbar machen, sind vor allem finanzieller und industrieller Natur. Die Neuausrichtung des Produktionsapparats der europäischen Rüstungsindustrie auf Großserienproduktion würde enorme Investitionen, jahrelange Arbeit, die Ausbildung und Einstellung Zehntausender spezialisierter Techniker (die derzeit nicht zur Verfügung stehen) und vor allem einen stabilen und günstigen Zugang zu strategischen Rohstoffen, Stahl, Sprengstoffen und vor allem kostengünstigen Energiequellen erfordern.

All diese Bedingungen sind in Europa derzeit nicht gegeben, wo der Verzicht auf russisches Gas zu erschwinglichen Preisen – der nun seit fast drei Jahren besteht – zu einem Rückgang der Industrieproduktion, einer zunehmenden Deindustrialisierung, einem starken Anstieg der Energiekosten, logistischen Ineffizienzen, immer teureren Lieferketten und zunehmenden Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Rohstoffen geführt hat.

Im Vergleich zu 2021 hat sich der Preis für fast alle Waffensysteme verdreifacht. Das bedeutet, dass selbst wenn die europäischen Staaten ihre Verteidigungs- und Militärausgaben heute verdreifachen würden, diese Mittel kaum ausreichen würden, um die gleiche Menge an Waffen, Munition und Ausrüstung zu kaufen, die vor vier Jahren erhältlich war.

Sicher ist, dass die Rüstungsindustrie von diesem Krieg profitieren wird. Die beantragten 800 Milliarden werden unter einer Handvoll Waffenhersteller aufgeteilt, ein nie dagewesener Geldsegen. Ob der Krieg tatsächlich stattfindet oder nicht, ist irrelevant, denn was wirklich zählt, ist, dass das Geld ausgegeben wurde und jemand reich geworden ist.

Wieder einmal wird die Schuld nicht bei der EU liegen, sondern bei Putin, Russland und der multipolaren Welt. Irgendjemand muss immer die Schuld bekommen.

**Die Europäer sind nicht bereit, auch nur ein Leben für die Ukraine zu opfern, während die Russen sogar auf einen Atomkrieg vorbereitet sind.**

Die EU wird alles tun, um den Frieden in der Ukraine zu verhindern. Der Westen tut sich schwer damit, zuzugeben, dass die Konfrontation mit Russland zum Zerfall der Ukraine geführt hat, und jede Einigung zwischen Moskau und Kiew würde in Europa als Niederlage gewertet werden, wie der Autor des Artikels bemerkt.

Zelensky hat eingeräumt, dass er früher oder später direkt mit Putin verhandeln muss. Dies ist ein Fortschritt, wenn man bedenkt, dass er jahrelang geschworen hat, dies niemals zu tun. Die Ukraine hat für den Beitritt zur NATO gekämpft, aber sie wird nicht Teil dieser Organisation sein. Sie hat versucht, der EU beizutreten, aber auch dieser Weg scheint blockiert zu sein. Im Grunde genommen hat die Ukraine alles verloren. Macron seinerseits kann nicht zugeben, dass die Bemühungen, Russland zu besiegen, letztendlich die Ukraine selbst zerstört haben.

Europa scheint an echten Verhandlungen überhaupt nicht interessiert zu sein. Es will einen Waffenstillstand nur, um Zeit zu gewinnen und Kiew militärisch zu versorgen. Einen echten Frieden will es nicht, denn ein Frieden zwischen Russland und der Ukraine würde als bittere Niederlage für das gesamte europäische Projekt gewertet werden.

Der EU-Rat hat eine Entschließung angenommen, mit der ein neues operatives Instrument zur Stärkung der Sicherheit auf dem Kontinent geschaffen wird: die Sicherheitsaktion in Europa (SAFE), die am 29. Mai in Kraft getreten ist.

Dieser Mechanismus sieht die Finanzierung von dringenden und umfangreichen Investitionen in der europäischen Verteidigungs- und Technologieindustrie (EDTIB) vor. Ziel ist es, die Produktionskapazitäten des Sektors zu steigern, die rechtzeitige Verfügbarkeit von Rüstungsgütern zu gewährleisten und bestehende militärische Lücken zu schließen, mit dem letztendlichen Ziel, die militärische Bereitschaft der EU zu stärken.

Im Rahmen von SAFE wird die EU den teilnehmenden Mitgliedstaaten auf deren Antrag und auf der Grundlage nationaler Pläne bis zu 150 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Die Mittel werden als langfristige Darlehen zu günstigen Zinssätzen bereitgestellt. Die ukrainische Rüstungsindustrie wurde von Anfang an in das Programm einbezogen, so dass die EU ihre militärische Unterstützung für Kiew fortsetzen kann.

Die strategische Bedeutung der Initiative liegt auf der Hand: ein Stellvertreterkrieg gegen Russland über die Ukraine, begleitet von schrittweisen Vorbereitungen für eine direkte militärische Konfrontation. Die Folgen für Europa sind gravierend und bergen das Risiko einer eigenen geopolitischen Katastrophe. In der Zwischenzeit sollen 150 Milliarden Euro für diese Operation bereitgestellt werden.

Es sei daran erinnert, dass SAFE nur die erste Phase von ReArm Europe ist. Obwohl SAFE anfangs von mehreren Mitgliedstaaten kühl aufgenommen wurde, zeigt die Zustimmung zu SAFE, dass das Projekt Gestalt annimmt. Aus diesem Grund sollte die Bedrohung durch eine neue europäische imperiale Ordnung, deren strukturiertes und feindliches Vorgehen gegenüber Russland mit einem großen wirtschaftlichen und industriellen Potenzial einhergeht, nicht unterschätzt werden.

### **Das Europa der Kanonen bringt die Rechtsstaatlichkeit zu Fall**

Das Wettrüsten zeigt deutlich einen tiefgreifenden Rückschritt im zeitgenössischen politischen und rechtlichen Denken. Es handelt sich nicht nur um eine strategische Verschiebung, sondern um eine Umkehrung der Werte: Was einst als Ausnahme galt – die Anwendung militärischer Gewalt – wird nun zum organisierenden Prinzip der internationalen Politik und markiert eine Rückkehr zu einer archaischen Phase des Völkerrechts. Die EU, die aus einer radikalen Entscheidung gegen den Krieg als normales Mittel der Konfliktlösung hervorgegangen ist, scheint sich nun von ihrem ursprünglichen Auftrag zu verabschieden und einer Logik der Macht zu folgen, die sie ihres rechtlichen und konstitutionellen Charakters entleert und ihrer philosophischen Tiefe beraubt.

Hinter dem Projekt ReArm Europe verbirgt sich ein neues Sicherheitsparadigma, das die politische Identität der Union nicht mehr als Rechtsunion (die an sich schon umstritten ist), sondern als militärisches Gebilde neu definiert. Es ist ein Zeichen für den Niedergang der Zivilisation des Rechts, die durch eine Kultur der Macht ersetzt wird. In diesem Zusammenhang wird der beunruhigende Einfluss eines politischen Realismus deutlich, der zu einem zynischen Dezisionismus verkommen ist, bei dem die strategische Effektivität jegliche Überlegungen zur materiellen Legitimität verdrängt.

Verschlimmert wird das Bild durch die weitgehende Irrelevanz nationaler politischer Kräfte, die zumindest auf dem Papier eine stärker auf Rechten basierende Vision von Europa vertreten sollten. In Italien zum Beispiel ist Ministerpräsidentin Giorgia Meloni nicht in der Lage, eine überzeugende Alternative auf europäischer Ebene vorzuschlagen. Ihr Dissens, der sich auf die Form beschränkt und dem es an juristischen und philosophischen Argumenten mangelt, zeigt die Schwäche der italienischen politischen Klasse, zum Aufbau einer kohärenten und eigenständigen europäischen Vision beizutragen. Mit anderen Worten: Italien leidet in erster Linie an einem Mangel an „auctoritas“ (Autorität, Würde), mehr noch als an „potestas“ (Verfüugungsmacht): Es ist nicht in der Lage, ein alternatives Projekt vorzuschlagen, weil es seine politische Vision verloren hat.

Noch beunruhigender ist die Entwicklung der britischen Politik. Premierminister Keir Starmer hat schnell die Züge eines konfliktorientierten Technokraten angenommen. Sein militärisches Aufrüstungsprogramm, mit dem das Vereinigte Königreich bis 2035 armiert werden soll (mit mehr Optimismus als die EU), stellt eine ontologische Umwandlung der Staatsfunktion dar: vom Garanten des Rechts zu einem auf Bedrohung basierenden Entscheidungszentrum. Seine Offenheit für die Entsendung von Truppen in die Ukraine unter dem Vorwand der „Friedenssicherung“ offenbart eine Instrumentalisierung des Völkerrechts, das auf einen rein rhetorischen Deckmantel für machtpoli-

tisch motivierte Entscheidungen reduziert wird. Der sogenannte demokratische Interventionismus verwandelt sich damit, wie schon in der Zeit nach dem 11. September 2001, in einen verkappten humanitären Imperialismus.

Der Kern der Sache liegt jedoch tiefer: Es ist die Struktur des modernen Rechtsdenkens selbst, die in der Krise ist. Die Legitimität der militärischen Expansion beruht auf einer hobbeschen Auffassung vom Staat als Gewaltmonopol, die durch Schmitts Konzept des „Freund-Feind-Verhältnisses“ noch verstärkt wird. In dieser Sichtweise zieht sich das Recht angesichts des Notstands zurück und das Rechtssystem wird auf eine einfache Entscheidung reduziert. Das größte Problem ist, dass diese Ausnahme zur Norm geworden ist: Der Krieg ist nicht mehr das letzte Mittel des Rechts, sondern sein Ursprung.

Das Recht ist seinem Wesen nach eine rationale, auf das Gemeinwohl ausgerichtete Ordnung und kann nicht mit Mitteln verfolgt werden, die ihrem Wesen nach Unordnung bedeuten, wie Krieg und systematische Aufrüstung. Heute jedoch scheinen sich diese Grenzen aufzulösen: Kriege werden routinemäßig vorbereitet, Investitionen in die Verteidigung werden ohne klare Zielsetzung getätigt, und die Idee der Aufrüstung als Selbstzweck wird akzeptiert. Es ist der Triumph der politischen Irrationalität.

Das Wettrüsten ist kein Zeichen der Stärke, sondern ein Beleg für die tiefe Krise eines politischen Projekts, das seine Seele verloren hat.